



Wolfgang Gehrcke
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wolfgang Gehrcke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An den Präsidenten des
Deutschen Bundestages

Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert

- Im Hause -

Berlin, 11.09.2015

Bezug:
Anlagen:

Wolfgang Gehrcke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Raum: 3.132
Telefon: +49 30 227-73184
Fax: +49 30 227-76185
wolfgang.gehrcke@bundestag.de

Büro Frankfurt/Main:

Allerheiligentor 2-4
60311 Frankfurt/Main
Telefon: +49 069-71679703
Fax: +49 069-71679705
wolfgang.gehrcke@wk.bundestag.de

Büro Marburg:

Bahnhofstraße 6
35037 Marburg
Telefon: +49 06421-1680784
Fax: +49 -
wolfgang.gehrcke@wk2.bundestag.de

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Stellvertretender Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE.
im Deutschen Bundestag

Leiter Arbeitskreis Außenpolitik und
internationale Beziehungen

www.wolfgang-gehrcke.de

Sehr geehrter Herr Präsident,

am kommenden Sonntag lädt der Bundestag zum „Tag der Ein- und Ausblicke“, dem Tag der offenen Tür des Parlaments ein. Sie schreiben: „Ich heiße Sie herzlich willkommen und lade Sie auch in diesem Jahr wieder ein, den Deutschen Bundestag mit seinen vielen Aufgaben und Arbeitsplätzen zu entdecken und kennenzulernen!“ An diesem Tag wird auch wieder die vom Deutschen Bundestag in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für Politische Bildung herausgegebene Zeitung „*Das Parlament*“ auf das Interesse der Besucherinnen und Besucher am Tag der Offenen Tür stoßen.

Der Leitartikel „Der Putin-Komplex“ von Gerd Koenen in der Ausgabe Nr. 33-34 vom 10. August 2015 mit dem Sonderthema Russland strotzt vor Einseitigkeit, antirussischen Ressentiments und geschichtsrevisionistischer Sprache. Dort heißt es: „*Ungleich bedenklicher könnte man es allerdings finden, wenn sich in der politischen Mitte eine weit ausgefächerte Querfront von Egon Bahr über den Strauß-Intimus Winfried Scharnagl bis zur Grünen Antje Vollmer sammelt, die in erstaunlich realitätsblinder Weise der Aggression in der Ukraine mit einem "Neustart der deutsch-russischen Beziehungen, bevor es für Alle und Alles zu spät ist", entgegenzutreten möchte.*“ Selbst vor den Unterzeichnern des Aufrufes „*Nicht in unserem Namen*“, der unter anderem von den ehemaligen Regierungschefs von Berlin und Brandenburg, Eberhard Diepgen und Manfred Stolpe, dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel, Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder sowie Alt-Bundespräsident Roman Herzog unterschrieben wurde, macht der Autor nicht Halt und wirft ihnen vor, für eine neue Entspannungspolitik zwischen Europa und Russland einzutreten und auf die neuerliche Kriegsgefahr zwischen West und Ost hinzuweisen.



Ausschlaggebend für meinen Brief an Sie ist die Zeitungs-Beilage „*Russland früher und heute – leicht erklärt!*“ Selbstverständlich ist es wichtig, dass komplexe politische Sachverhalte auch in leicht verständlicher Sprache vermittelt werden; Simplifizierung der Sprache bedeutet aber nicht, dass die Zusammenhänge verdeckt, Kontexte isoliert oder gar historische Tatsachen verschwiegen werden, wie dies beim Beitrag (Seite 1) über die Sowjetunion und den 2. Weltkrieg erfolgt ist. Dort heißt es: „Deutschland und die Sowjet-Union waren also Feinde. Sie haben gegeneinander gekämpft.“ Es wird nicht erwähnt, dass es das faschistische Deutschland war, das die UdSSR mit einem beispiellosen mörderischen Krieg überzogen hat; kein Wort auch zu den 27 Millionen Toten allein in der Sowjetunion. Wer diese Tatsachen ignoriert und mit der Formulierung den Eindruck erweckt, als habe es sich um ein sportliches Großereignis gehalten, der betreibt Geschichtsfälschung. Gerade in Zeiten wie heute, in denen die deutsch-russischen Beziehungen großer Belastung ausgesetzt sind, ist an die Worte des im Januar verstorbenen ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu erinnern, der bei seiner Rede anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes sagte: „Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen“. Ebenso sind wir verpflichtet heute im Jahr des 70. Jahrestages der Befreiung die Ursachen und die Täter des Weltkrieges ebenso zu benennen, wie die Opfer des Faschismus. Dieser Anspruch sollte auch für eine Publikation gelten, die sich an Kinder und Jugendliche wendet.

Ich möchte Sie bitten in geeigneter Weise seitens des Bundestages klarzustellen, dass die Haltung, wie sie vom ehem. Bundespräsidenten Weizsäcker ausgedrückt wurde, auch heute noch Bestand hat und auch künftig die Maxime der deutschen Politik bleiben wird.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Gehrcke